



Rechtsausschuss

7. Sitzung (öffentlich)

24. Januar 2018

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 14:35 Uhr

Vorsitz: Dr. Werner Pfeil (FDP)

Protokoll: Marion Schmieder

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

- 1 Verfassungsgerichtliches Verfahren wegen der Behauptung der Städte Bonn und Velbert, § 8 Abs. 3 Satz 2 und 3 i.V.m. § 27 Abs. 3 Satz 1 und 2 des Gesetzes zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2017 (Gemeindefinanzierungsgesetz 2017 – GFG 2017) vom 15. Dezember 2016 i.V.m. Anlage 3 zu diesem Gesetz verletzen die Vorschriften der Landesverfassung über das Recht der gemeindlichen Selbstverwaltung**

5

VerfGH 17/17

Vertrauliche Vorlage 17/10

Der Ausschuss beschließt einstimmig, dem Landtag zu empfehlen, keine Stellungnahme abzugeben.

2 Gesetz zum Abbau unnötiger und belastender Vorschriften im Land Nordrhein-Westfalen – Entfesselungspaket I 6

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/1046
Änderungsantrag
der Fraktionen von CDU und FDP
Drucksache 17/1815
APr 17/143

Der Änderungsantrag 17/1815 wird mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und AfD bei Enthaltung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen angenommen.

Der Gesetzentwurf 17/1046 wird in der geänderten Fassung mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und AfD angenommen.

3 Deutschland braucht endlich ein Unternehmensstrafrecht – Landesregierung muss dabei Vorreiter, nicht Blockierer sein! 10

Antrag
der Fraktion der SPD
Stellungnahmen 17/84, 17/89, 17/94, 17/102, 17/118

– Auswertung der Anhörung und Abstimmung

Der Antrag 17/505 wird mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen abgelehnt.

3 Gesetz zur Änderung der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen und wahlrechtlicher Vorschriften (Kommunalvertretungsdemokratisierungsgesetz) 13

Gesetzentwurf
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/1447

Der Antrag 17/1447 wird mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der AfD-Fraktion abgelehnt.

5 Rechtssicherheit im Klimaschutz wiederherstellen und nordrhein-westfälische Unternehmen vor unberechtigten Klagen schützen 15

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/1445

Der Ausschuss beschließt, den Antrag 17/1445 in eine der nächsten Sitzungen zu schieben.

6 Rechtssicherheit durch pflichtgemäße Altersbestimmung bei unbegleiteten minderjährigen Ausländern (UMA), die sich nicht zweifelsfrei ausweisen können und nicht eindeutig als minderjährig erkennbar sind 17

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/1657

Der Ausschuss beschließt, den Antrag 17/1657 in eine der nächsten Sitzungen zu schieben.

7 Evaluierung des Jugendarrestvollzugsgesetzes NRW 18

Bericht der Landesregierung
Vorlage 17/468

8 Arbeitsplanung des Ministeriums der Justiz für das Jahr 2018 20

Bericht der Landesregierung
Vorlage 17/469

9 Wie beurteilt die Landesregierung das Vorhaben der Europäischen Kommission zur Verbesserung des grenzüberschreitenden Zugangs zu elektronischen Beweismitteln in Strafsachen? 22

Bericht der Landesregierung
Vorlage 17/470

10 Verschiedenes 23

a) Umsetzung Integrationsplan

b) Planungsstand JVA Münster

* * *